

Hauptsatzung der Gemeinde Panketal in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 22.09.2014

Aufgrund von § 4 und § 28 Abs. 2 Nr. 2 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (Kommunalverfassung) vom 18. Dezember 2007 (GVBl. I Seite 286) hat die Gemeindevertretung Panketal in ihrer Sitzung am 22.09.2014 folgende Hauptsatzung beschlossen:

§ 1 Name der Gemeinde, Gemeindegebiet

- (1) Die Gemeinde führt den Namen „Gemeinde Panketal“.
- (2) Sie hat die Rechtsstellung einer amtsfreien Gemeinde.
- (3) Die Gemeinde Panketal gliedert sich in die Ortsteile Schwanebeck und Zepernick. Das Gemeindegebiet umfasst die Gemarkungen gem. beiliegender Anlage 1. ²⁾

§ 2 Hoheitszeichen

- (1) Das Gemeindewappen in grün zeigt eine durchgehende goldene Steinbrücke unter deren Bogen ein linksgewendeter, schwarz-bewehrter silberner Schwan auf goldenen Wellen schwimmt, darauf eine silberne Eiche mit goldenen Eicheln, rechts vom Stamm begleitet von einem goldenen Wagen- und links von einem goldenen Eisenbahnrad.
- (2) Das Dienstsiegel ist kreisrund. Es zeigt innerhalb des Kreises das Gemeindewappen, darüber die Inschrift „Gemeinde Panketal“, darunter die Inschrift „Landkreis Barnim“. Oberhalb des Gemeindewappens befindet sich die Nummerierung in arabischen Zahlen.
- (3) Die Gemeindeflagge ist dreistreifig im Verhältnis 1 : 4 : 1 und in den Farben grün-weiß-grün mit dem Gemeindewappen im Mittelstreifen.

§ 3 Unterrichtung der Einwohner, Einsicht in Beschlussvorlagen, Einwohnerversammlung

- (1) Über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Gemeinde werden die Einwohner durch Mitteilungen unterrichtet. Die Mitteilungen werden vom Bürgermeister veranlasst. Sie erfolgen in der Regel im „Panketal Boten“. Zusätzliche Möglichkeiten der Veröffentlichung, insbesondere auf der Internetseite der Gemeinde (www.panketal.de), bleiben davon unbenommen und sollten möglichst genutzt werden.
- (2) Die Gemeinde beteiligt die betroffenen Einwohner in wichtigen Gemeindeangelegenheiten förmlich mit folgenden Mitteln:
 - a) Einwohnerfragestunden der Gemeindevertretung,
 - b) Einwohnerversammlungen,
 - c) Anliegerversammlungen²⁾ gemäß Einwohnerbeteiligungssatzung.⁴⁾Die Einzelheiten der benannten Formen der Einwohnerbeteiligung werden näher in einer gesonderten Satzung geregelt.²⁾
- (3) Alle Einwohner haben das Recht, Beschlussvorlagen zu den in öffentlichen Sitzungen der Gemeindevertretung zu behandelnden Tagesordnungspunkten einzusehen. Dieses Recht kann während der Dienststunden im Rathaus, Schönower Straße 105, 16341 Panketal wahrgenommen werden.

§ 4 Einwohnerantrag

Abweichend von § 14 Abs. 3 der Kommunalverfassung muss ein Einwohnerantrag von 3 Prozent der Antragsberechtigten unterzeichnet sein.

§ 5 Gleichstellungsbeauftragte

(1) Die Gleichstellungsbeauftragte ist durch die Gemeindevertretung auf Vorschlag des Bürgermeisters und der Fraktionen nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung durch Abstimmung für die Dauer der Wahlperiode zu benennen.

(2) Der Gleichstellungsbeauftragten ist Gelegenheit zu geben, zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkungen auf die Gleichstellung von Frau und Mann haben, Stellung zu nehmen. Weicht ihre Auffassung von der des Bürgermeisters ab, hat sie das Recht, sich an die Gemeindevertretung oder ihre Ausschüsse zu wenden.

(3) Die Gleichstellungsbeauftragte nimmt das Recht wahr, indem sie sich an den Vorsitzenden der Gemeindevertretung oder des Ausschusses wendet und den abweichenden Standpunkt schriftlich darlegt. Der Vorsitzende unterrichtet die Gemeindevertretung oder den Ausschuss hierüber in geeigneter Weise und kann der Gleichstellungsbeauftragten Gelegenheit geben, den abweichenden Standpunkt in einer der nächsten Sitzungen persönlich vorzutragen.

§ 6 Seniorenbeauftragter, Behindertenbeauftragter

(1) Zur Vertretung der Interessen der Senioren und Behinderten in der Gemeinde Panketal benennt die Gemeindevertretung auf Vorschlag des Bürgermeisters und der Fraktionen nach vorheriger öffentlicher Ausschreibung für die Dauer der Wahlperiode jeweils einen Seniorenbeauftragten und einen Behindertenbeauftragten.

(2) Den Beauftragten ist Gelegenheit zu geben, gegenüber der Gemeindevertretung zu Maßnahmen und Beschlüssen, die Auswirkung auf ihre Aufgabenbereiche haben, Stellung zu nehmen.

§ 7 Rechte und Pflichten der Gemeindevertreter

(1) Die Gemeindevertreter haben die in §§ 30, 31 der Kommunalverfassung geregelten Rechte und Pflichten; sie unterliegen der Haftung nach § 25 der Kommunalverfassung.

(2) Sie haben an den Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ausschüsse, denen sie angehören, teilzunehmen. Wer verhindert ist, hat dies vorher den Vorsitzenden mitzuteilen.

§ 8 Gemeindevertretung

(1) Der Gemeindevertretung gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:
a) die Gemeindevertreter,
b) der Bürgermeister.

(2) Die Gemeindevertretung wählt aus ihrer Mitte einen Vorsitzenden sowie mindestens zwei stellvertretende Vorsitzende.

(3) Die Gemeindevertretung wird einberufen, so oft es die Geschäftslage erfordert, in der Regel monatlich, mindestens jedoch alle drei Monate. Zeit, Ort und Tagesordnung werden nach § 15 Abs. 3 öffentlich bekannt gemacht.

(4) Die Sitzungen der Gemeindevertretung sind öffentlich. Die Öffentlichkeit ist auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern. Insbesondere für folgende Gruppen von Angelegenheiten ist nach Einzelfallprüfung die Öffentlichkeit auszuschließen:

- a) Personal- und Disziplinarangelegenheiten,
- b) Grundstücksangelegenheiten,
- c) Vergabe von Aufträgen,
- d) Abgaben Einzelner,
- e) Genehmigung von Verträgen.

Die Öffentlichkeit ist darüber hinaus auch in weiteren Fällen nach Einzelfallprüfung auszuschließen, wenn überwiegende Belange des öffentlichen Wohls oder berechnigte Interessen Einzelner es erfordern.

§ 9 Mitteilungspflicht von ausgeübtem Beruf oder anderer Tätigkeit

(1) Gemeindevertreter und sachkundige Einwohner teilen dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung schriftlich ihren ausgeübten Beruf sowie andere vergütete oder ehrenamtliche Tätigkeiten mit, soweit dies für die Ausübung des Mandates von Bedeutung sein kann. Anzugeben sind

1. der ausgeübte Beruf mit Angabe des Arbeitsgebers beziehungsweise Dienstherrn und die Art der Beschäftigung oder Tätigkeit. Bei mehreren ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der Tätigkeit anzugeben,
2. jede Mitgliedschaft im Vorstand, Aufsichtsrat oder einem gleichartigen Organ einer juristischen Person mit Sitz oder Tätigkeitsschwerpunkt in der Gemeinde.

Die Mitteilung muss innerhalb von vier Wochen nach der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung erfolgen, ansonsten innerhalb von vier Wochen nach der Berufung.

(2) Jede Änderung der nach Absatz 1 gemachten Angaben, ist dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung innerhalb von vier Wochen nach ihrem Eintritt schriftlich mitzuteilen.

§ 10 Ausschüsse

(1) Die Ausschüsse werden gemäß § 43 der Kommunalverfassung gebildet. Die Zahl ihrer jeweiligen Mitglieder wird in der konstituierenden Sitzung der Gemeindevertretung unter Berücksichtigung von Anzahl und Größe der vorhandenen Fraktionen festgelegt. Bei Bedarf, z.B. bei späteren Fraktionsumbildungen, kann die Gemeindevertretung die Zahl mit der Mehrheit ihrer Mitglieder ändern.⁴⁾

(2) Die Gemeindevertretung bildet zur Vorbereitung ihrer Beschlüsse und zur Kontrolle der Verwaltung folgende ständige Ausschüsse:

1. Ausschuss für Haushalt, Finanzen, Wirtschaft (Finanzausschuss)

Der Ausschuss berät die Angelegenheiten

- a) Haushaltssatzung mit allen Anlagen,
- b) Jahresrechnung,
- c) Förderung von Wirtschaft und Gewerbe,
- d) Mitgliedschaft in Organisationen und Verbänden,

- e) wirtschaftliche Betätigungen und Beteiligungen einschließlich Beziehungen zum Eigenbetrieb Kommunalservice Panketal,
- f) Versorgung mit Energie und Wasser,
- g) gemeindeeigene Liegenschaften,
- h) Ausschreibungen und Vergaben. ⁴⁾

2. Ausschuss für Ortsentwicklung (Ortsentwicklungsausschuss)

Der Ausschuss berät die Angelegenheiten

- a) Bauen, Bauleitplanung und Denkmalschutz,
- b) Umwelt und Landschaftsschutz,
- c) Verkehr,
- d) Öffentliche Sicherheit und Ordnung,
- e) Abwasserableitung und Abwasserbehandlung,
- f) Grundstücksangelegenheiten. ¹⁾

3. Ausschuss für Soziales, Bildung, Kultur und Sport ⁴⁾ (Sozialausschuss)

Der Ausschuss berät die Angelegenheiten

- a) Bildung, Kinder- und Jugendbetreuungseinrichtungen,
- b) Sport, Freizeit, Erholung,
- c) Senioren, Behinderte,
- d) Kultur,
- e) Soziales Wohnungswesen.

4. Ausschuss für Petitionen (mit jeweils einem Mitglied pro Fraktion der Gemeindevertretung) ⁴⁾

Der Ausschuss berät alle an die Gemeindevertretung gerichteten Petitionen und wird vom Bürgermeister über die an die Verwaltung gerichteten Petitionen unterrichtet.

(3) Die Einberufung von Sitzungen der Ausschüsse wird in der Geschäftsordnung geregelt. Die Öffentlichkeit wird durch Aushang am Rathaus der Gemeinde Panketal, Schönower Straße 105, 16341 Panketal über die Ausschusssitzungen unterrichtet.
Blatt 5 zur Hauptsatzung

(4) Die Sitzungen der Ausschüsse sind öffentlich, soweit nicht nach § 8 Abs. 4 Satz 2 bis 4 die Öffentlichkeit ausgeschlossen wird.

(5) Sind Gemeindevertreter daran gehindert, an der Beratung ihres Ausschusses teilzunehmen, benennt der Fraktionsvorsitzende ⁴⁾ eine Vertretung. Die Vertretung nimmt das Stimmrecht wahr.

(6) Die Vorsitze in den Ausschüssen werden nach dem Höchstzahlverfahren nach d'Hondt in der Reihenfolge der Höchstzahlen auf die Fraktionen verteilt. Die stellvertretenden Vorsitzenden werden aus der Mitte der Ausschüsse von den stimmberechtigten Ausschussmitgliedern gewählt.

(7) Die Gemeindevertretung kann je Ausschussmitglied einen sachkundigen Einwohner in ihre ständigen Ausschüsse berufen. Vorschlagsberechtigt sind die Fraktionen nach Maßgabe des § 41 Abs. 2 der Kommunalverfassung. Die sachkundigen Einwohner haben kein Stimmrecht.

(8) Für einzelne zeitlich und sachlich begrenzte Angelegenheiten kann die Gemeindevertretung zeitweilige Ausschüsse bilden. Ihnen ist ein genau umgrenzter Auftrag zu erteilen. Nach Erfüllung ihres Auftrages sind sie aufgelöst.

§ 11 Ortsbeiräte

(1) Für jeden Ortsteil wird ein Ortsbeirat gewählt.

(2) Der Ortsbeirat wird in entsprechender Anwendung des brandenburgischen Kommunalwahlgesetzes und der brandenburgischen Kommunalwahlordnung für die Dauer der Wahlperiode gewählt. Mitglieder des Ortsbeirates müssen im Ortsteil wohnen.

(3) Die Ortsbeiräte bestehen aus je neun Mitgliedern. Aus der Mitte des Ortsbeirates sind für die Dauer der Wahlperiode der Ortsvorsteher sowie der stellvertretende Ortsvorsteher zu wählen.

(4) Der Ortsbeirat ist vor der Beschlussfassung der Gemeindevertretung oder des Hauptausschusses in Angelegenheiten gemäß § 46 Abs.1 der Kommunalverfassung zu hören.

(5) Der Ortsbeirat kann zu allen den Ortsteil betreffenden Angelegenheiten Vorschläge unterbreiten und Anträge stellen. Vorschläge und Anträge, über die in der Gemeindevertretung oder in einem zuständigen Ausschuss zu beraten und zu entscheiden ist, legt der hauptamtliche Bürgermeister entsprechend vor. Der Ortsbeirat ist über die Entscheidung zu unterrichten.

(6) Alle Mitglieder der Gemeindevertretung können an den Sitzungen der Ortsbeiräte mit beratender Stimme teilnehmen.

(7) Die Mitglieder der Ortsbeiräte haben die Möglichkeit, an den öffentlichen²⁾ Sitzungen der Ausschüsse und der Gemeindevertretung teilzunehmen. Sie haben Rederecht. Sie sind auch zur Teilnahme an den nichtöffentlichen Tagesordnungspunkten berechtigt.²⁾

(8) Für Ehrungen und Jubiläen werden den Ortsbeiräten Mittel zur Verfügung gestellt.

Blatt 6 zur Hauptsatzung

§ 12 Hauptausschuss

(1) Dem Hauptausschuss gehören als stimmberechtigte Mitglieder an:

- a) die Gemeindevertreter,^{1)2) 4)}
- b) der Bürgermeister.

(2) Die Mitglieder des Hauptausschusses wählen aus ihrer Mitte den Vorsitzenden sowie den Stellvertreter.

(3) Der Hauptausschuss koordiniert die Angelegenheiten der Ausschüsse und bereitet die Beschlüsse der Gemeindevertretung vor.

(4) Der Hauptausschuss entscheidet, soweit nicht der Bürgermeister entscheidungsbefugt ist, über:

- a) Stundung von Geldforderungen der Gemeinde,

- b) Erlass von Geldforderungen der Gemeinde bis zur Höhe von 5.000 Euro,
- c) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften bis zur Höhe von 50.000 Euro,
- d) Abschluss von Pachtverträgen, soweit diese nicht ein jährliches Kündigungsrecht enthalten,
- e) Vergabe von Aufträgen bis zur Höhe von 100.000 Euro; Planungsleistungen bis zur Höhe von 15.000 Euro,
- f) gerichtliche Vergleiche bis zur Höhe von 15.000 Euro, außergerichtliche Vergleiche bis zur Höhe von 10.000 Euro,
- g) Geld- und Sachspenden an die Gemeinde ⁴⁾

Bei Überschreitung der Wertgrenzen liegt die Entscheidung bei der Gemeindevertretung. ²⁾

(5) Der Hauptausschuss entscheidet ferner über die Anerkennung von Reisen von Mitgliedern der Gemeindevertretung, die im Rahmen der Ausübung ihrer Mandate erforderlich sind.

(6) Der Hauptausschuss nimmt die Aufgaben des Werkausschusses des Eigenbetriebes Kommunalservice Panketal wahr.

(7) Der Hauptausschuss unterrichtet die Gemeindevertretung über seine Entscheidungen.

§ 13 Der Bürgermeister

(1) Der Bürgermeister ist hauptamtlich tätig.

(2) Er erfüllt die gesetzlich übertragenen Aufgaben und entscheidet dabei nach pflichtgemäßem Ermessen, welche Verwaltungsangelegenheiten Geschäfte der laufenden Verwaltung sind.

(3) Geschäfte der laufenden Verwaltung sind insbesondere:

- a) Stundung von Geldforderungen der Gemeinde bis zur Höhe von 20.000 Euro; die Stundung darf nur bis zu 24 Monaten ausgesprochen werden;
- b) Geldforderungen der Gemeinde niederzuschlagen und bis zur Höhe von 2.000 Euro⁴⁾ aus Billigkeitsgründen zu erlassen;
- c) gerichtliche Vergleiche bis zur Höhe von 10.000 Euro⁴⁾ und außergerichtliche Vergleiche bis zur Höhe von 5.000 Euro abzuschließen;
- d) Löschungsbewilligungen für Grundbuchbelastungen zu erteilen, sofern die zugrunde liegende Forderung erfüllt bzw. nicht mehr nachweisfähig ist;
- e) Löschungsbewilligungen für Rückauffassungsvormerkungen zu erteilen, sofern die Bauverpflichtung erfüllt ist;
- f) Abschluss, Änderung und Aufhebung von Grundstücks- und Vermögensgeschäften bis zur Höhe von 25.000 Euro sowie von Pachtverträgen bis zu einer Dauer von zehn Jahren, soweit diese ein jährliches Kündigungsrecht enthalten;
- g) Vergabe von Aufträgen bis zu einer Höhe von 50.000 Euro, Planungsleistungen bis zur Höhe von 5.000 Euro;
- h) Aufnahme von Krediten bis zu der in der Haushaltssatzung festgelegten Höhe sowie Umschuldung aufgenommener Kredite,
- i) Annahme von Geldspenden bis zu einer Höhe von 500 Euro und Annahme von Sachspenden bis zu einem Wert von 1.000 Euro ⁴⁾

(4) Die Gemeindevertretung entscheidet auf Vorschlag des Bürgermeisters über

- a) das Ergebnis des Bewerberauswahlverfahrens bei der Begründung eines

- Beamtenverhältnisses ab der Besoldungsgruppe A 9,
b) die Einstellung und Entlassung von Arbeitnehmern ab der Entgeltgruppe 12 TVöD.
c) die Beförderung von Beamten ab der Besoldungsgruppe A 12 und von Arbeitnehmern ab der Entgeltgruppe 12 TVöD.²⁾

(5) Die Gemeindevertretung ist über alle Entscheidungen gemäß § 54 Abs. 2 der Kommunalverfassung zu unterrichten.

(6) Die Gemeinde hat keinen Beigeordneten. Die Vertretung des Bürgermeisters regelt die Gemeindevertretung durch gesonderten Beschluss.

§ 14 Verfahren bei Petitionen

Das Verfahren regelt die Petitionssatzung.⁴⁾

§ 15 Bekanntmachungen

(1) Satzungen und sonstige ortsrechtliche Vorschriften der Gemeinde Panketal werden vom Bürgermeister in ihrem vollen Wortlaut im „Amtsblatt für die Gemeinde Panketal“ bekannt gemacht.

(2) Sind Pläne, Karten oder Zeichnungen Bestandteile einer Satzung, so kann die öffentliche Bekanntmachung für diese Teile dadurch ersetzt werden, dass sie zu jedermanns Einsicht während der öffentlichen Sprechzeiten im Rathaus, Schönower Straße 105, 16341 Panketal ausgelegt werden. Die Ersatzbekanntmachung ist nur zulässig, wenn der Inhalt dieser Teile zugleich in der Satzung in groben Zügen umschrieben wird. Die Ersatzbekanntmachung wird vom Bürgermeister angeordnet. Die Anordnung muss genaue Angaben über Ort und Dauer der Auslegung enthalten und zusammen mit der Satzung veröffentlicht werden.

(3) Zeit, Ort und Tagesordnung der Sitzungen der Gemeindevertretung und der Ortsbeiräte werden auf der Internetseite der Gemeinde Panketal www.panketal.de unter der Rubrik „Bürgerforum/Gemeindevertretung – GV-Sitzungen“ bzw. „Bürgerforum/Gemeindevertretung – Ortsbeiräte“ und im Schaukasten am Rathaus der Gemeinde, Schönower Straße 105, 16341 Panketal mindestens sieben Tage vor der Sitzung bekannt gemacht. Die Mitteilung bei abgekürzter Ladungsfrist erfolgt durch Aushang und auf der Internetseite (www.panketal.de) am Tag der Zustellung der Ladung an die Mitglieder der Gemeindevertretung bzw. an die Mitglieder der Ortsbeiräte.²⁾

(4) Informationen über die Bekanntmachungen nach den Absätzen 1 und 2 sollen auch im Internet auf der Homepage www.panketal.de und im Schaukasten am Rathaus der Gemeinde, Schönower Straße 105, 16341 Panketal veröffentlicht werden.

§ 16 Inkrafttreten

(1) Diese Hauptsatzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung der Gemeinde Panketal vom 18. Dezember 2003 in der Fassung vom 01. Juli 2008 außer Kraft.

(2) Sollten einzelne Regelungen dieser Hauptsatzung nichtig oder unwirksam sein, berührt dies nicht die Wirksamkeit der übrigen Regelungen.

Panketal, den 21.10.2014

gez.
Rainer Fornell
Bürgermeister

Siegel

*) Soweit in dieser Satzung Funktionen mit einem geschlechtsspezifischen Begriff beschrieben werden, gilt die jeweilige Bestimmung auch für das jeweils andere Geschlecht.

¹⁾ gem. 1. Änderungssatzung – beschlossen am 31.08.2009, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde Panketal Nr. 9 vom 30.09.2009

²⁾ gem. 2. Änderungssatzung – beschlossen am 21.03.2011, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde Panketal Nr. 9 vom 30.04.2011

³⁾ gem. 3. Änderungssatzung – beschlossen am 27.05.2013, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde Panketal Nr. 7 vom 31.07.2013

⁴⁾ gem. 4. Änderungssatzung – beschlossen am 22.09.2014, veröffentlicht im Amtsblatt der Gemeinde Panketal Nr. 11 vom 29.11.2014

Bekanntmachungsanordnung

Die vorstehende Hauptsatzung der Gemeinde Panketal in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 22.09.2014 wird gemäß § 1 Abs. 1 und 2 Bbg BekanntmV in Verbindung mit § 15 der Panketaler Hauptsatzung im Amtsblatt für die Gemeinde Panketal vom 29.11.2014 (Nr. 15) öffentlich bekannt gemacht. Die Satzung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.

Panketal, den 21.10.2014

gez.
Rainer Fornell
Bürgermeister